

Antrag

Initiator*innen: Sabine Friedel und Albrecht Pallas

Titel: Sachsen braucht Aufenthaltsbehörden –
Haltung für Integration und Menschenwürde

Votum der Antragskommission

Block Familie - Gesundheit - Soziales, nach INI01 und vor F01

Antragstext

- 1 Der Landesparteitag der sächsischen SPD möge beschließen:
2 Die Abschiebep Praxis der sächsischen Behörden steht in eklatantem Widerspruch zu
3 den Vereinbarungen des Koalitionsvertrages zwischen CDU, Grünen und SPD. Dort
4 wurde vereinbart,
- 5 1. „dass gut integrierte Asylbewerberinnen und -bewerber, Geflüchtete und
6 Geduldete entsprechend der bundesrechtlichen Regelungen die Chance auf
7 einen Spurwechsel und ein Bleiberecht in Deutschland erhalten, wenn sie
8 den Lebensunterhalt für sich selbst und ihre Familie verdienen und
9 ausreichend Deutsch sprechen können“ (S. 72) und
 - 10 2. „dass Abschiebungen durch Behörden des Freistaates Sachsen für die
11 Betroffenen so human wie möglich und unter besonderer Berücksichtigung des
12 Kindeswohls gestaltet werden“ (S. 73).

13 In den Jahren 2020 und 2021 wurden viele Fälle bekannt und auch öffentlich
14 dokumentiert, die diesen Vereinbarungen ganz klar entgegenlaufen. Adelina Ajeti
15 aus Leipzig, Faisal Jahangir aus Meißen, Carolina Roraima Cuare aus Bautzen, die
16 Familien Imerlishvili aus Pirna und Pareulidze-Gardasvili aus Meißen oder Ali
17

18 Sufyan aus Dresden und andere mehr. Sie alle waren in Sachsen gut integriert,
19 waren in Ausbildung oder in festen Anstellungsverhältnissen, hatten Kinder, die
20 hier geboren worden sind und erfolgreich die Schule besuchten, viele erwarben
21 zertifizierte Deutsch-Kenntnisse und hatten Freundinnen und Freunde,
22 Arbeitskollegen, Chefinnen und Bekannte, die sich für sie einsetzten. Oft
vergebens.

23 Für die sächsische SPD ist „die Wahrung der Menschenwürde der wesentliche
24 Maßstab für die humane und rechtsstaatliche Gestaltung des bestehenden Asyl- und
25 Aufenthaltsrechts sowie des Vollzugs von Ausreisepflichten“. Zu dieser
26 Vereinbarung im Koalitionsvertrag stehen wir.

27 Wir erwarten, dass dieser Maßstab das Handeln der sächsischen Behörden und
28 insbesondere auch des Sächsischen Staatsministeriums des Innern bestimmt.

29 Wir erwarten, dass die zuständigen Behörden ihre Ermessensspielräume konsequent
30 nutzen, um gut integrierten Asylbewerberinnen und Asylbewerbern den dauerhaften
31 Aufenthalt in Sachsen und den Spurwechsel hinein ins Bleibe- und
32 Staatsbürgerrecht zu ermöglichen. Sachsen braucht Aufenthaltsbehörden und keine
33 Abschiebebehörden.

34 Menschen, die sich in Sachsen gut integriert haben, die als Arbeitnehmerinnen
35 und Arbeitnehmer Steuern entrichten, die in Ausbildung befindlich zur
36 Bewältigung des Fachkräftemangels beitragen, deren Kinder häufig hier geboren
37 sind und in sächsischen Kitas und Schulen Bildungserfolge erzielen, und die sich
38 oft ehrenamtlich für unsere Gesellschaft engagieren, gehören in unser Land.
39 Solchen Menschen die Chance auf ein geordnetes und integriertes Leben in Sachsen
40 zu verwehren, schadet dem Gemeinwohl, dem Zusammenhalt und dem Vertrauen in
41 einen demokratischen Rechtsstaat unseres Landes zutiefst.

42 Wir danken allen, die sich für das Bleiberecht und die menschenwürdige
43 Behandlung gut integrierter Familien einsetzen – von den Kirchen,
44 Flüchtlingsinitiativen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren über
45 Lehrkräfte und Schulleitungen bis hin zu Unternehmen und Kammern. Wir fordern
46 die SPD-Landtagsfraktion auf, ihren Einsatz für eine menschenwürdige Asylpolitik
47 und die Umsetzung des Koalitionsvertrages fortzusetzen.

48 Und wir erwarten namentlich vom Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen und
49 Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Sachsen, dass er eine klare
50 Haltung zugunsten gut integrierter, fleißig arbeitender und redlich lebender
51 Menschen einnimmt, diese mit Konsequenz vertritt und das Handeln der
52 Staatsregierung sowie der sächsischen Behörden daran ausrichtet.